Im zweiten Anlauf sichert das EU-Parlament die Fortsetzung des Emissionshandels. Doch der Ton zwischen Umweltbewegten und Wirtschaft wird schriller.

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN

JOHANNES KÜBECK, BRÜSSEL

Viel steht auf dem Spiel beim Handel mit CO_2-Zertifikaten. Das System der Verschmutzungsrechte für rund 12.000 europäische Industrie- und Energiebetriebe ist im Zuge der Rezession fast zusammengebrochen. Der Preis für das „Recht", eine Tonne CO_2 auszustoßen, sank von einst 30 auf drei Euro. Das bietet der Industrie kaum Anreiz, emissionsarm zu produzieren und in den Klimaschutz zu investieren.

Der Emissionshandel brauche dringend „Erste Hilfe", sagte deshalb EU-Umweltkommissarin Connie Hedegaard. Um diese Wiederbelebung stritten Vertreter der Wirtschaft und der Umweltlobbys seit Monaten ungewöhnlich heftig. Letztere hatten im April im EU-Parlament (EP) eine Niederlage erlitten.

Gruppen wie Greenpeace nahmen den Chefverhandler der EU-Volkspartei EVP, den Österreicher Richard Seeber, aufs Korn, weil er gegen den Klimaschutz handle. Doch der stellte vor der gestrigen Abstimmung im Umweltausschuss des EU-Parlaments klar: „Wir wollen den Emissionshandel fortsetzen." Der Beschluss fiel positiv aus, bereits im Juli wird auch das EP-Plenum grünes Licht geben.

„Backloading"

Linke und Grüne waren für eine bedingungslose Wiederbelebung des Systems, indem die Kommission einen Blankoscheck für Interventionen in den Emissionshandel bekommt. Um die Preise der Zertifikate anzuheben, soll die EU eine große Zahl von Verschmutzungsrechten zurückhalten und erst später wieder auf den Markt bringen. Der Brüsseler Jargon dafür ist „backloading".

Mehr Macht für die Kommission lehnen mit Seeber aber viele ab. Der gestrige Beschluss ermächtigt Brüssel nur zum einmaligen Eingreifen, fordert aber noch für heuer Vorschläge für eine nachhaltige Reform des Systems. Speziell, was die Mitgliedsländer mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Zertifikate machen, soll hinterfragt werden.

Ziele erreicht

Die Industrie hat die mit dem Emissionshandel verbundenen Klimaschutzziele bis jetzt erreicht. Allerdings mit „Unterstützung" der krisenbedingten Konjunkturschwäche.

Umweltgruppen fordern eine Verschärfung der bisherigen Ziele – im Jahr 2020 soll der CO_2-Ausstoß um 20 Prozent niedriger sein als 1995. Die Unternehmer meinen, in der aktuellen Krise müsste die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang haben vor neuen Belastungen.

Erfolgreicher Blick über Tellerrand

Vier Kärntner Unternehmen bekamen den Exportpreis 2013.

KLAGENFURT. Wirtschaftskammer (WK) und Raiffeisen Landesbank haben auch heuer wieder Kärntens beste Exporteure gekürt. Die Sieger sind: Haslinger Stahlbau GmbH (Kategorie Großbetriebe), Fischer Edelstahlrohre Austria GmbH (Kategorie Mittelbetriebe), Michael Wulz Anlagenbau (Kategorie Kleinbetriebe) sowie die PV-Invest GmbH in der neuen Kategorie Dienstleistungsexporteure. Ausgezeichnet wurden die Unternehmen Dienstagabend im Rahmen einer Gala. Diese bildete den Höhepunkt des Exporttages, bei dem heuer 29 Wirtschaftsdelegierte aus aller Welt in Klagenfurt zu Gast waren. 120 Unternehmer nahmen an den verschiedenen Export-Workshops teil. Franz Pacher, Präsident der WK, und Raiffeisen-Vorstandssprecher Peter Gauper würdigten die Leistungen der Kärntner Exportwirtschaft. Jeder zweite Euro wird im Export verdient. 2012 wurden erstmals über acht Milliarden Euro erwirtschaftet.

Meinrad Höfferer (Mitte) von der WK mit den Gewinnern Günter Grabner (PV-Invest), Stefan Korb (Fischer), Arno Sorger (Haslinger) und Michael Wulz (von links) PAPARAZZI1/KK

EU-BANKENUNION

Zypern ruft weiter um Hilfe

Nächste Schritte zur Bankenunion werden dringend gebraucht.

BRÜSSEL. Zypern bekommt trotz EU-Hilfspaket die Probleme mit seinen Banken nicht in den Griff. Einen Hilferuf von Präsident Nikos Anastasiades analysieren jetzt die Institutionen in Brüssel und Frankfurt. Auch die EU-Finanzminister werden sich ab heute in Luxemburg mit dem Problem befassen. Zyperns Hilferuf macht deutlich, wie dringend die EU und die Eurogruppe die nächsten Schritte zur Bankenunion brauchen. Dieses Instrumentarium zur Zähmung der Banken wird jetzt schrittweise komplettiert. Herzstück ist die gemeinsame Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank, die ab Mitte 2014 von der Französin Danièle Nouy geführt wird. EU-Kommissar Michel Barnier legte zuletzt Vorschläge für den nächsten Schritt vor: ein gemeinsames Instrument zur Restrukturierung und gegebenenfalls Abwicklung maroder Banken. Es zeichnet sich ab, dass alle Bankkunden außer den Inhabern von Sparbüchern mit weniger als 100.000 Euro in irgendeiner Form mitzahlen müssen, ehe der Euro-Hilfsfonds EMS mit Steuergeld einspringt.

Hilfe nötig: Anastasiades IMAGO

Ein wichtiger Zwischenschritt zur Bankenunion wird heute wirksam. Die EU nimmt die Ratingagenturen ab sofort an die Leine. Sie dürfen die Beurteilung der Kreditwürdigkeit von EU-Staaten nur noch an genau definierten Tagen veröffentlichen.